

# Leipziger Volk

**Gegen Hakenkreuz  
und Bürgerblock!  
Wählt Liste 1**

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes**

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

<b>Bezugspreis</b> mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. <b>Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77</b>	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — <b>Büro in Leipzig,</b> Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206	<b>Inseratenpreise:</b> Die 10gepalt. Kolonelleise 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10gep. Kolonelleise 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10gep. Kolonelleise mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelleise 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Wie die KPD „Arbeit schafft“

### Wo bleibt die Antwort der SAZ?

Unser Photograph wartet bereits seit Wochenfrist. Er rechnet mit der neuen Berichtigung, die uns der Geschäftsführer der SAZ, D. Gauß, und Herr Jacobs angekündigt haben, sofern die Leipziger Volkszeitung erneut über den „Bankrott im Franz-Mehring-Haus“ berichtet werde. Als Antwort auf das Schreiben des Herrn Gauß vom 30. Mai 1930 (sahrieben wir in unserer Nummer vom 5. Juni:

„Wir erklären weiterhin, daß der Peuwag-Betrieb in Czermats Garten ein Pleiteladen gebracht, die lediglich wiederholen, was wir bereits vor Wochen schriebten. Trotz der wunschnaubenden Antwort, die uns Herr Jacobs verstickt erteilte, hat D. Gauß seinen Brief mehr abgeschickt. Auch das Klassengericht, mit dem die Gauß, Hädel und Jacobs drohten, hat uns bis zur Stunde die von Herrn Gauß angekündigte Verfügun noch nicht zugesandt. Das „wertvolle Werkzeug“ der Bourgeoisie hat einige Bedenken gehabt, den Klassenrichter in Bewegung zu setzen, obwohl dieser nichts unterlassen würde, den Leipziger Peuwag-Betrieb, den „Pahl im Felsche der Sozialdemokraten“, vor der Verbreitung nicht zu bestreitender Gerüchte zu beschützen.

Die Arbeiterpolitik Paul Wätchers hatte noch weitere Einzelheiten über den Pleiteladen gebracht, die lediglich wiederholen, was wir bereits vor Wochen schriebten. Trotz der wunschnaubenden Antwort, die uns Herr Jacobs verstickt erteilte, hat D. Gauß seinen Brief mehr abgeschickt. Auch das Klassengericht, mit dem die Gauß, Hädel und Jacobs drohten, hat uns bis zur Stunde die von Herrn Gauß angekündigte Verfügun noch nicht zugesandt. Das „wertvolle Werkzeug“ der Bourgeoisie hat einige Bedenken gehabt, den Klassenrichter in Bewegung zu setzen, obwohl dieser nichts unterlassen würde, den Leipziger Peuwag-Betrieb, den „Pahl im Felsche der Sozialdemokraten“, vor der Verbreitung nicht zu bestreitender Gerüchte zu beschützen.

Inzwischen schwirren allerlei Gerüchte durch die Stadt, wonach der Pleiteladen bereits einen Interessenten gefunden habe, und zwar wird ein großes Leipziger Unternehmen genannt, das als Herausgeber einer großen Leipziger Zeitung fungiert. Vorläufig sind das noch Gerüchte, die niemand zu kontrollieren vermag. Wir erwarten Aufklärung durch Herrn D. Gauß. Er ist seinen Mitgliedern Rechenschaft schuldig. Zwar verfügt die Zentrale und ihre Beauftragten — die erst in diesen Tagen die Beispiele von Gotha und Jena zeigten — diktatorisch über das Eigentum der KPD, so daß die Mitglieder gar nichts zu melden haben, immerhin werden sie Aufklärung verlangen müssen.

Der Pleiteladen ist bankrott. Er ist ebenso bankrott wie die kommunistische Friedrichstadt-Druckerei der Reichshauptstadt, die, wie das Franz-Mehring-Haus, dem Peuwag-Konzern zugehört. Wir berichteten bereits, daß dieses Unternehmen ausgeprochen zwei Tage vor den Pfingstfeiertagen der Hälfte des Personals gekündigt habe. Diese Maßnahme ist von der Druckereileitung damit begründet worden, daß die „Welt am Abend“, das Berliner kommunistische Boulevard-Organ, in einem anderen Betrieb, vermutlich bei der Firma Göring & Reimers, hergestellt werden soll. Der Gebieter über die „Welt am Abend“ ist der kommunistische Reichstagsabgeordnete Willi Münzenberg. Er besitzt seinen eigenen Pressekonzern, den er aus der Konkursmasse der Peuwag zu retten sucht. Darum diese Auftragsentziehung und darum die Kündigung des Personals.

So schafft die kommunistische Partei Arbeit. So vermindert sie das Heer der Arbeitslosen. Die kommunistischen Organisations-

nen haben einen „Wettbewerb“ eingeleitet, nach dem in jedem Bezirk eine bestimmte Anzahl Arbeitslosenversammlungen abgehalten werden soll. Zunächst treffen sich dort der Referent mit dem Einberufer ganz allein, aber der Wettbewerb ist „erfüllt“. Wir empfehlen besondere Versammlungen für das abzubauende Peuwag-Personal. Dort wird der Referent bestimmt nicht über Mangel an Besuchern zu klagen haben.

Das Franz-Mehring-Haus ist ein Teil des Peuwag-Unternehmens. Die Friedrichstadt-Druckerei in Berlin steht bereits vor der Pleite. In Leipzig soll D. Gauß den Bankrottladen ver-



ramischen. Was sagt die SAZ zu den Auftragsgerüchten, die in Leipzig im Umlauf sind? Wie ist es mit der Arbeitslosenversammlungen in Czermats Garten? Die Rotaprint-Apparate sind bereits verteilt und die Leser der Sächsischen Arbeiterzeitung werden bestimmt nicht viel verlieren, wenn ihnen ihr Parteiblatt künftig nach Art der Zeilenzeitungen in extrarotem Rotaprint-Druck Abend für Abend zugestellt werden wird.

Kein Wunder, wenn im Angesicht all dessen die Kommunisten für die bevorstehenden Wahlen keine große Aktivität zu entfalten vermögen. Unter kommunistischen Arbeitern wird ein Rätsel kopiert. Wird die Pleite in Czermats Garten noch vor dem 22. Juni erfolgen? Oder bringt die Pleite bei den sächsischen Landtagswahlen den endgültigen Bankrott im Franz-Mehring-Haus?

## Notopfer und Volkspartei

„Das ist ein bißchen zuviel...“

SPD Die Mittwochsausgabe der „Königlichen Zeitung“ enthält eine Zuschrift eines Mitgliedes der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zur Frage der Reichshilfe der Festbesoldeten, in der es u. a. heißt:

„Die Volkspartei, die es vor wenigen Monaten ablehnte, dem von Stegerwald und den christlichen Gewerkschaften geforderten Notopfer der Festbesoldeten zuzustimmen, obwohl doch damals von den Festbesoldeten nur ein Abzug vom Einkommen, wie er dem Arbeitnehmerbeitrag zur Arbeitslosenversicherung entspricht, also nur 1% Prozent des Einkommens, gefordert wurde, kann jetzt nicht gutheißen, was sie damals mit einem Widerstand, der bis zur Kabinettstriefe führte, bekämpfte. Oder hat sich inzwischen in der Situation soviel geändert, daß eine Schwenkung von 180 Grad vor den Wählern verantwortet werden kann? Die Reichshilfe der Festbesoldeten stellt keine echte Ausgabenverminderung dar. Sie ist vielmehr eine Einnahmevermehrung, also das schärfste, was man zur Zeit tun kann. Sie ist eine Belastung nicht nur der Festbesoldeten, sondern der gesamten Wirtschaft, denn sie entzieht dem inneren Markt neue 300 Millionen Mark. Sie spart nicht an überflüssiger, sondern an fallender Stelle. Eine solche Politik kann die Deutsche Volkspartei unmöglich treiben. Sie würde sich mit ihren Anhängern überwerfen und ihre gesamte Haltung verleugnen. Das ist ein bißchen zuviel, um der schönen Augen der Wirtschaftsreformer willen, die ihre Schulung in München-Gladbach erhalten haben.“

Diese Zuschrift, die Moldenhauers „Reichshilfe“ in Grund und Boden verdammt, stammt u. W. von einem Mitglied des Vorstandes der volksparteilichen Fraktion und ist, wie wir zu wissen glauben, auf ausdrücklichen Wunsch des volksparteilichen Fraktionsvorstandes verfaßt worden.

## Frecher Wahlschwindel der KPD

Parteibuchbeamten-Rolle

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit kommen die Schreiberlinge des Millionärs Herfurth mit der Prose vom Parteibuchbeamten. Gewöhnlich reden sie nur vom Parteibuchbeamten, sofern es sich um ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei handelt, dem sie schlechthin mangelnde Vorbildung zum Vorwurf machen. Ein vor der Disziplinarkammer in Dresden behandeltes Dienststrafprozeß gegen den Bürgermeister Ficker in Wöhren bei Röhren war den Stribisagen des Hakenkreuzler-Inserationsorgans genügend Anlaß, die Vele der KPD für die Befestigung der „sozialdemokratische Parteibuchwirtschaft“ bei der kommenden Landtagswahl aufzufordern.

Der angeklagte Bürgermeister Ficker, bei dem die Disziplinarkammer auf Antrag der Amtshauptmannschaft Döbeln auf Dienstentlassung zukam, wird von den Schreibern der KPD als „Parteibuchbeamter“ hingestellt. Dabei ist einwandfrei erwiesen, daß Ficker schon in den Vorkriegsjahren im Verwaltungsdienst tätig war. Als damaliger Angehöriger einer bürgerlichen Partei fungierte er in den Jahren 1911 bis 1915 in Schreiergrün im Vogtlande und von 1915 bis 1920 in Obersüßengehrn als befohdeter Gemeindevorstand. 1922 wurde Ficker auf Verreiben der Bürgerlichen und Kommunisten gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zum Bürgermeister von Wöhren gewählt. Erst während seiner Amtszeit in Wöhren gehörte Ficker, der zunächst das besondere Vertrauen der bürgerlichen und kommunistischen Gemeindevorstandes genoh, kurze Zeit der Sozialdemokratischen Partei an, wurde aber aus dieser ausgeschlossen. Das also ist der Parteibuchbeamte!

An dieser Tatsachendarstellung wird deutlich ersichtlich, in welcher Weise die schwarzweigenen Feilenreißer am Petersteinweg den Wahlkampf glauben führen zu müssen. Nicht die Wahrheit ist ihnen die vornehmste Waffe, sondern die Lüge, die sie im Kampfe gegen die Sozialdemokratie in gleicher Art gebrauchen, wie die kommunistischen Zeitungsschreiber.

## Preissenkung — aber auf wessen Kosten?

Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs für die rheinisch-westfälische Metallindustrie hat gezeigt, daß der Reichsarbeitsminister Stegerwald nicht weniger gehorham den Wünschen der Stahl- und Eisenmagnaten folgt wie sein Schlichter. In wenigen Tagen ist aus dem Saufus ein Paulus, aus dem Kritiker ein Anhänger der von dem Stahlgewaltigen Böglger gemachten Erfindung geworden, die dringend notwendige Preisherabsetzung von den Arbeitern bezahlen zu lassen.

Die Lohnkürzung des Schiedspruchs ist zwar auch wieder herabgesetzt worden, von 10 auf 7 1/2 Prozent. Dafür sollen aber außer den Arbeitern auch die Angestellten in den Lohnabbau einbezogen werden. Durch die Verbindlichkeitserklärung sollen zwar die Arbeiter an die Herabsetzung der Lohnen gebunden sein, für die Unternehmer besteht aber keinerlei Bindung in bezug auf die Herabsetzung der Preise, sondern nur eine unverbindliche Zusage. Die Festsetzung der Preise ist ja auch tatsächlich nicht Sache der bei den Schiedspruchverhandlungen beteiligten Unternehmervertreter, sondern Sache

### Zum Kampf gehört Pulver! Vergeßt den Wahlfonds nicht!

der Eisen- und Stahlartefelle. Vorläufig sind sich aber die Eisen- und Stahlmagnaten über die Höhe und die Form der Preisherabsetzung selbst noch nicht einig. Vorläufig steht weder fest, ob alle oder nur einige Sorten der von der Eisenindustrie hergestellten Produkte von der Preisherabsetzung betroffen werden sollen, ob sie nur für die am Lohn-tarif beteiligten Werke, oder auch für die von ihnen abhängigen Handelsgesellschaften gilt. Was die Werke am Preise nachlassen, könnte auf dem Umwege über die Handelsgesellschaften den Verbrauchern wieder abgenommen werden.

Also: was mit den Löhnen geschehen soll, darüber herrscht Klarheit, was aber die Preise betrifft, so ist alles in ein den Blick des Betrachters trübendes Dunkel gehüllt. Selbst wenn die Unternehmer die von ihnen gemachte Zusage, daß die Eisenpreise über das Maß der Lohnersparnis hinaus abgebaut werden, wirklich erfüllen, auch dann wäre der Vorteil für die Unternehmer sicher, der Vorteil für die Arbeiter aber höchst zweifelhaft. Tritt die erwartete Absatzsteigerung nicht ein, dann haben die Arbeiter und Angestellten die Preisentlung bezahlt und die Unternehmer keine Gewinneinbuße erlitten. Tritt sie aber ein, haben die Eisenmagnaten den Vorteil einer zweifachen Verbilligung der Produktionskosten: einmal durch Ersparnis am Lohn, zum andern durch bessere Ausnutzung des überfertigten Produktionsapparates. Diese Art „Notopfer“ ist in der Tat recht einseitig. Der eine Teil trägt die Kosten, der andere streicht den Gewinn ein. Denn was die Arbeiter angeht, ist nicht der Preis des Eisens, sondern die Rückwirkung der Herabsetzung der Eisenpreise auf die Lebenshaltungskosten. Für die Arbeiter und Angestellten besteht aber nicht die mindeste Garantie, daß eine Herabsetzung der Eisenpreise auch dann, wenn ihr Betrag die Lohnherabsetzung übersteigt, sich in eine Senkung der Lebensmittelpreise, in eine Steigerung des Reallohnes umsetzen wird. Es besteht eher eine Garantie für das Gegenteil, weil Schiele energisch bemüht ist, durch Zollerhöhungen und Agrarsubventionen die Preise der wichtigsten Lebensmittel, die Preise für Eier, für Milch, für Fleisch unter allen Umständen von der Preisentlung auszuschließen.

Nach einer Berechnung, die im Vorwärts Nr. 262 vom 7. Juni angestellt ist, kann bei der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie die Lohnausgabe für 51 Arbeitswochen im Jahre auf 459 bis 597 Millionen Mark geschätzt werden. Das ergibt bei einer Lohnherabsetzung von 7 1/2 Prozent eine Ersparnis von 34 bis 45 Millionen Mark. Der Reingewinn, den die sechs führenden Konzerne der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, Stahlverein, Krupp, Klöckner, Hoech, Gutehoffnungshütte und Mannesmann, für das letzte Geschäftsjahr ausgewiesen haben, beläuft sich auf 97 Millionen Mark. Die Lohnersparnis beträgt also selbst bei der höchsten Schätzung noch nicht die Hälfte des jährlichen Reingewinns. Die ganze Uebung hat also keinen anderen Zweck als den, die Aktionäre auch dann keine Einbuße an ihrem arbeitslosen Einkommen erleiden zu lassen, wenn das Wirtschaftsleben stökt und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Durch eine Kürzung der Dividende auf noch nicht einmal die Hälfte könnte bewirkt werden, daß die Preisherabsetzung, anstatt von den Arbeitern und Angestellten, von den Aktionären bezahlt wird. Damit ist die Heberflüssigkeit dieser ganzen Lohnabbauaktion erwiesen.

So wenig die Lohnentlung für die Eisenindustrie ins Gewicht fällt, so bedeutam ist sie für die Arbeiter und für die von ihrer Kaufkraft unmittelbar abhängigen Industrien. Es handelt sich auch für die Schwerindustrie weniger um einen